1.MAI 2013!

ZEITUNG DES PROJEKT REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE (PRP) WWW.PRP-HAMBURG.TK



Protest, Widerstand und Organisierung

Klassenkämpfe und soziale Bewegungen im Zeichen der Krise

Seit Monaten keinen Lohn bekommen, erwerbslos werden, die Wohnung verlieren, kein Geld für Essen und medizinische Versorgung – das ist auch in einigen Staaten Europas nicht mehr ungewöhnlich. Wir erleben zur Zeit massive Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen Menschen weltweit. Im Zuge der Krisenpolitik sind „Sparprogramme" entworfen worden, die für die Lohnabhängigen – insbesondere Südeuropas - drastische Folgen haben. Während die privaten Vermögen und das Kapital einiger Weniger weiter wachsen, nimmt die Verarmung eines Großteils der Bevölkerung zu.

Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) setzt in Südeuropa eine rücksichtslose Verarmungspolitik durch. Insbesondere Deutschland nimmt eine zentrale Funktion in der europäischen Krisenpolitik ein und dominiert die Entscheidungen der Troika. Als Bedingung für Kredite aus anderen Euro-Ländern, werden schonungslose Kürzungsprogramme diktiert, die die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Klasse drastisch verschlechtern. Die Verelendung der Lohnabhängigen ist die Folge einer Politik, die die intensivere und günstigere Ausbeutung von Arbeitskräften möglich machen soll. Zeitgleich vollzieht sich vor dem Hintergrund der Krise eine Entwicklung zu immer autoritäreren und repressiveren Formen der Herrschaft von Staat und Kapital. In Griechenland findet eine Entwicklung statt, die viele als Entdemokratisierung begreifen und damit nicht nur den Einfluss der Troika auf die Entscheidungen der Regierung meinen. Exemplarisch sind die Angriffe auf erkämpfte Rechte der Arbeiter_innen. Besonders die Zwangsdienstverpflichtung, eine Art Notstandsgesetz, erlaubt es, Streiks zu verbieten, wenn dadurch das „nationale Interesse" gefährdet wird. Anfang des Jahres wendete die Regierung das Gesetz gegen die streikenden Metro-Arbeiter_innen und die Hafenarbeiter_innen an, deren Arbeitskampf daraufhin durch Polizeigewalt beendet wurde. Am Beispiel Griechenlands zeigt sich auch, wie die Regierung versucht Ängste und Sorgen in der Bevölkerung rassistisch zu kanalisieren: Offene Hetze gegen Flüchtlinge und Migrant_innen, zehntausende rassistische Kontrollen, Festnahmen und Übergriffe durch die Polizei, sowie Lager für gefangene Flüchtlinge. Die sozialen Probleme werden auf Flüchtlinge und Migrant_innen projiziert und die Regierung inszeniert sich durch die Errichtung eines brutalen Migrationsregimes als „Retter in der Not". Was in den „Krisenlaboren" in Südeuropa vorgemacht wird, zeigt einmal mehr, auf welchen Wegen die herrschenden Klassen den angeschlagenen Kapitalismus zu retten bereit sind und wie die bürgerliche Demokratie ausgehöhlt wird.

Auch wenn die Situation in der BRD nicht vergleichbar mit den Ländern der europäischen Peripherie ist, verschlechtern sich auch hier die Lebensbedingungen für die Allermeisten dramatisch. Prekarisierung und Lohndumping setzen sich zunehmend durch. Mit der Einführung von Hartz IV und Agenda 2010 wurde bereits vor 10 Jahren ein weitreichender Niedriglohnsektor etabliert. Die sozialen Sicherungssysteme werden verstärkt auf die Disziplinierung von Arbeitskräften ausgerichtet, Leih- und Zeitarbeit haben sich in den letzten Jahren verdreifacht, Werkverträge rücken an die Stelle von Tarifbindungen und ein genereller Abwärtstrend des Lohnniveaus greift um sich. Als einziges Euro-Land wurde in der Bundesrepublik das Lohnniveau bereits vor Ausbruch der Krise deutlich gesenkt und der Arbeitsmarkt umfassend umstrukturiert. Nicht zuletzt durch diese Entwicklungen hat sich Deutschland einen Standortvorteil auf dem Weltmarkt gesichert und konnte die Profite der Unternehmen auch über die Krise hinweg steigern. Die EU – mit Deutschland als führender Kraft – nutzt die ungleiche Entwicklung der europäischen Ökonomien, um optimale Verwertungsbedingungen für das Kapital aus den kerneuropäischen Staaten zu schaffen. Die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheiten

bleiben dabei auf der Strecke und werden restlos den Anforderungen der kapitalistischen Produktionsweise untergeordnet.

Von den Kämpfen…
Wir erleben aber auch die Zeit eines großen Ausbruchs an Wut und die Hoffnung auf grundlegend andere gesellschaftliche Verhältnisse. Die vergangenen Jahre waren von sozialen Bewegungen, Protesten und Aufständen geprägt. Vom „arabischen Frühling“ - der vielerorts zum „islamistischen Winter“ zu verkommen droht -, über Occupy Wall Street in den USA, die Empörten in Spanien, die Massenbewegungen in Griechenland oder Portugal, massive Arbeitskämpfe in Asien und einigen afrikanischen Staaten, bis zu den Jugendrevolten in Frankreich und England, scheint die Welt wieder in Bewegung gekommen zu sein. Auch wenn nicht alles neu ist und viele Kämpfe seit langem geführt werden, wird in den letzten Jahren wieder deutlicher, dass rund um den Globus Menschen gegen die ausgedehnten Ansprüche von Staat und Kapital auf ihr Leben aufbegehren. So unterschiedlich, widersprüchlich und begrenzt die einzelnen Bewegungen auch sind, sie alle zeigen, dass die herrschenden Verhältnisse umkämpft sind und der Kapitalismus kein Ende der Geschichte eingeläutet hat.

Der aktuelle Zyklus an sozialen Kämpfen – dessen Ausgang völlig ungewiss ist -, hat auch neue Elemente von Basisdemokratie und Partizipation hervorgebracht. In vielen Ländern Südeuropas wurden im Zuge der Krise öffentliche Plätze von Protestbewegungen eingenommen, Nachbarschaftsversammlungen entstehen – die in Spanien Widerstand gegen Zwangsräumungen organisieren -, in Griechenland wurden ganze Betriebe besetzt und in Selbstverwaltung der Arbeiter_innen überführt. Bei allen Problemen und Beschränkungen entwickeln sich neue Formen des Protests, Widerstands und des Zusammenlebens. Dabei sind es nicht nur linke Aktivist_innen, die politische Bewegung initiieren, sondern die Betroffen selbst fangen an, sich zu organisieren. Auch wenn die Kritik an den herrschenden Verhältnissen oft noch diffus erscheint und die politische Praxis nicht in das enge Schema linker Organisationen passt, setzen sie einige grundsätzliche Fragen auf die Agenda. Auch in der Bundesrepublik gibt es immer wieder kleine Ansätze der Selbstorganisation, wenn sich Menschen für ihre eigenen Interessen und die Kontrolle ihrer eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen stark machen: Bei den Kämpfen um Wohnraum, Bildungsfragen, Protesten gegen Privatisierung, antifaschistischen Initiativen oder bei Streiks und anderen Arbeitskämpfen. Die neue Bewegung gegen Zwangsräumungen in Berlin oder die derzeitigen bundesweiten Flüchtlingsproteste sind ermutigende Beispiele.

Die kollektiven Praxen der Bewegungen haben neue Organisationsformen hervorgebracht. Nicht zuletzt durch die ökonomische Krise haben sich Räume geöffnet, in denen die Überwindung des Kapitalismus möglich erscheint. Für uns geht es darum, diese Räume zu erweitern, in denen eine kollektive Aneignung und Verbreitung von widerständigem Handeln möglich wird. In denen Vorstellungen entstehen können, die über die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hinaus weisen und soziale Alternativen greifbar werden. Es sind immer die kollektiven Erfahrungen, durch die breite Politisierung und Radikalisierung stattfindet. Und diese entstehen nicht allein durch



> *„Für uns geht es darum, Räume zu erweitern, in denen eine kollektive Aneignung und Verbreitung von widerständigen Handeln möglich wird.*

linke Kampagnen und Mobilisierungen zu einzelnen Großevents, sondern auch in einer politischen Sphäre, die sich im Alltag und im eigenen Leben finden lässt. Der Aufbau einer Gegenmacht in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen ist der Kern eines revolutionären Prozesses, den es zu organisieren gilt. Unsere Fokussierung liegt auf Basisorganisation, die die Grundlage jeder revolutionären Organisierung ist. Die Überwindung des Kapitalismus ist schließlich kein Putsch, sondern die basisdemokratische Vergesellschaftung sämtlicher Arbeits- und Lebensbereiche. Es geht um einen gesellschaftlichen Prozess der Selbstermächtigung, ohne den eine kommunistische Perspektive reine Utopie bleibt.

Wer den Kapitalismus überwinden will, muss mit den kollektiven Erfahrungen der Kämpfe im Hier und Jetzt wachsen und sich in und mit ihnen bewegen. Die radikale Linke ist oft vorschnell darin, neuen Bewegungen ihre eigene Praxis und Identität aufzwingen zu wollen, statt die eigenständigen Dynamiken aufzunehmen, einen Lernprozess möglich zu machen und etwas Gemeinsames zu entwickeln. Das bedeutet keineswegs, alles was aus den neuen sozialen Bewegungen kommt, kritiklos zu übernehmen und ihnen unreflektiert eine Rolle zuzuweisen, die sie oft nicht haben. Es geht vielmehr darum, die Impulse und heutigen Formen politischer Artikulation anzuerkennen, auszuwerten und die gesammelten Erfahrungen – dort wo es sinnvoll erscheint – zu verallgemeinern.

…zur organisierten Gegenmacht
Nicht allein die spontanen Kämpfe und Bewegungen sind für einen revolutionären Prozess entscheidend. Wer auf Organisierung zugunsten kurzlebiger und sprunghafter Zusammenschlüsse verzichten will - wie Teile der autonomen und anarchistischen Szene – verweigert sich einer strategischen Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses. Wer wiederum die Organisation zu einem Fetisch erhebt und Eigeninitiative,



Spontanität und selbstorganisierte Kämpfe als Bedrohung empfindet – eine in in manch linken Parteizirkeln verbreitete Sicht – macht aus der Organisierung ein Hemmnis für Soziale- und Klassenkämpfe. Revolutionäre Organisationen müssen sich in Phasen aufsteigender Bewegungen, aber auch bei abebbenden Kämpfen, behaupten. Sie müssen mit Hilfe gewonnener Erfahrungen Kontinuität sichern, gemachte Erfahrungen theoretisch aufbereiten, bremsende und reaktionäre Tendenzen zurückdrängen, um neue politische Kämpfe, auf einem höheren Niveau möglich zu machen. Es geht darum, die vielfältigen politischen und sozialen Kämpfe – die aus unterschiedlichen Ausgangslagen und verschiedenen Unterdrückungsformen entspringen und alle für sich ihre Berechtigung haben - aufeinander zu beziehen. Die Bewegungen müssen sich vernetzen und dort wo es möglich ist gebündelt werden, damit sie zusammen wirken und gesellschaftliche Kräftekonstellationen verschieben können. Ein solches Projekt ist nur möglich, wenn sich verschiedene Elemente verstärken. Um diese Verknüpfung herzustellen braucht es politische Organisationsformen, die langfristig auf einen revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus hinarbeiten.

Zwischen der Eigenständigkeit der Kämpfe, der Selbstorganisation und der revolutionären Organisierung wird immer eine gewisse Spannung liegen. Linke Organisation sollten das „Wahrheitswissen“ auch mal zurückzustellen, zuhören, lernen und vorwärtsweisende Fragen aufmachen. Die heutige Situation verlangt Organisationsformen, die den Erfordernissen des derzeitigen Stands der Klassenkämpfe und sozialen Bewegungen angepasst sind. Eine revolutionäre Organisation kann ihrem Anspruch nur gerecht werden, wenn sie sich im ständigen Dialog mit fortschrittlichen Bewegungen und deren Orten der unmittelbaren Basisdemokratie befindet. Fehlen diese Kontakte macht sich eine Tendenz zum Sektentum breit, die Zersplitterung, Abgrenzung und ewige Besserwisserei zur Folge hat. Zu oft sind in der Geschichte der kommunistischen Bewegung Parteien objektiv in eine Rolle verfallen, in der sie als erstarrte Institutionen die realen Bewegungen ausbremsten, verneinten oder unterdrückten, weil sie ihre eigene Macht und Einflussnahme schwinden sahen. Für eine zeitgemäße revolutionäre Organisation kann das nur heißen, sich in einem ständigen Wechselverhältnis von Organisation und Eigeninitiative, Kontinuität und Spontanität, formulierter Positionen und dem Verwerfen überholter Ansätze zu bewegen. Jede emanzipatorische Organisierung sollte sich eine stetige Offenheit für Neues bewahren, einen provisorischen Charakter besitzen und den jeweiligen Anforderungen der Kämpfe gerecht werden. Sie ist nicht mehr - aber auch nicht weniger - als ein Hilfsmittel zur Überwindung der herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse. ■

Sechs Monate Arbeitskampf

Der Streik bei Neupack und die Unterstützung betrieblicher Kämpfe

Im Morgengrauen sammeln sich langsam immer mehr Leute vor dem Streikzelt, gegen fünf sind alle da. In kleinen Gruppen verteilen die Streikenden und die Unterstützer_innen sich vor den Toren. Einige treten von einem Fuß auf den anderen, um sich warmzuhalten, andere rauchen noch eine, alle warten. Bis jemand ruft: Da kommt der Bus! Seite an Seite wird dem Bus mit den Streikbrechern der Weg versperrt, manchmal eine halbe Stunde, manchmal länger. Dann ein bisschen Geschubse und Gedrängel durch die Polizei bis eine Gasse frei ist und der Bus auf dem Firmengelände verschwindet. Danach treffen sich alle gemeinsam im Streikzelt.

Zu solchen Szenen kommt es auf Geheiß der IG BCE vor dem Verpackungshersteller Neupack in Stellingen und Rotenburg (Wümme) nicht mehr. Dort gingen am 1. November 2012 die Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen und für einen Haustarifvertrag in den unbefristeten Streik. Erkämpft werden soll eine einheitliche Lohnstruktur. Bisher wurde die Lohnhöhe bei Neupack willkürlich festgelegt, einige Beschäftigte verdienen nur knapp über acht Euro, andere werden sogar über dem üblichen Tarif bezahlt. Aber auch die



Arbeitsbedingungen, wie Temperaturen in der Werkhalle, und der Schutz vor gesundheitlichen Schäden sind Thema unter den Streikenden. In den letzten 10 Jahren leistete der Betriebsrat Vorarbeit, der gewerkschaftliche Organisierungsgrad unter den Kolleg_innen wurde mehr als verdoppelt und Überzeugungsarbeit geleistet, für die eigenen Interessen einzustehen. Von Anfang an konnten die Streikenden sich über einen breiten Unterstützer_innen-Kreis freuen. Regelmäßig finden die Treffen des Soli-Kreises im Streikzelt statt, aus verschiedenen Unternehmen kamen Kolleg_innen zu Besuch und jeden Tag trafen Solidaritäts-Bekundungen ein. Einen ersten Dämpfer bekam die kämpferische Stimmung, als Neupack Streikbrecher aus Polen einstellte, zunächst über eine Leiharbeitsfirma, dann befristet für ein paar Monate, inzwischen sogar bis Ende 2014. An mehreren Tagen konnten die Streikbrecher, die gesammelt mit einem Bus von der durch Neupack gestellten Wohnung in die Firma gefahren wurden, mit Hilfe des Soli-Kreises vor den Werktoren blockiert werden. Der Streik bei Neupack stieß in Hamburg und auch bundesweit schnell auf großes Interesse, trotzdem ist es nicht gelungen genug Druck auf die Firmeninhaber, Familie Krüger, aufzubauen, um diese zu Zugeständnissen zu bewegen.

Die IG BCE als zuständige Gewerkschaft verkündigte im Januar eine neue Streiktaktik, den sogenannten Flexi-Streik. Die Streikenden sollten zunächst wieder arbeiten, um auf Kommando der Gewerkschaft an einzelnen Tagen erneut draußen zu bleiben. Diese Taktik führte jedoch dazu, dass bei Neupack bald mehr gearbeitet als gestreikt wurde. Unter den Kolleg_innen wurde bald nur noch von Flexi-Verarschung gesprochen. Während der Arbeit nutzte die Neupack-Geschäftsleitung jede Gelegenheit die Belegschaft zu schikanieren und mit Abmahnungen um sich zu werfen. So wurde nach und nach den am Streik beteiligten Kolleg_innen gekündigt, teils fristlos, teils weil auslaufende Verträge nicht verlängert wurden. Neupack hat sich also eine Ersatzbelegschaft aufgebaut, zusätzlich wurden Streikketten und Blockaden vor dem Betrieb durch ein Gerichtsurteil verboten. Die Wirkungen eines Streiks wurden so zu großen Teilen ausgehebelt. Mit dieser Situation scheint die Gewerkschaft überfordert zu sein, die Durchhalteparolen klingen hohl und von einem Tarifvertrag ist bei der IG BCE schon nicht mehr die Rede. Sozialpartnerschaft funktioniert eben nicht, wenn der „Sozialpartner“ sich nicht auf Verhandlungen einlässt und stattdessen Klassenkampf von oben betreibt. Statt radikalere Methoden anzuwenden rudert die Gewerkschaft zurück und reagiert nur mit moralischen Vorhaltungen, wie Appelle an die „Ehre des Hamburger Kaufmannes“.

Aber auch für die Unterstützer_innen ist die Situation nun schwieriger, eine direkte Unterstützung als Streikposten vor dem Tor ist momentan nicht möglich, spontan und kreativ auf die Situation zu reagieren gelingt nicht immer. Der Soli-Kreis ist in der schwierigen Situation den Streikenden nur wenig anbieten zu können. Vor allem finanziell kann die Gewerkschaft nicht ersetzt werden. Andererseits wird die Soli-Arbeit aber immer wieder von dieser ausgebremst. So blieb oft nur die Rolle, die Arbeit der Gewerkschaft zu kritisieren, ohne jedoch eine Alternative aufzeigen zu können, wie der Streik wieder in die Offensive kommt. Eine wichtige Aufgabe des Soli-Kreises ist es aber auch, die Streikenden immer wieder zu ermutigen, ihre Meinung zu äußern, das weitere Vorgehen zu besprechen und Forderungen an die Gewerkschaft aufzustellen. Dabei ist es gelungen, auf die Vorstellungen der Streikenden zu reagieren und diese nicht mit radikalen Aktionen zu überrumpeln. Den Streikenden wurde schnell klar, dass sie mit der sozialpartnerschaftlichen Linie der Gewerkschaft nicht weiterkommen und kämpferischere Positionen haben sich entwickelt. Zu Kritik am Vorgehen der Gewerkschaft und zu weitergehenden Forderungen kam es unter den Streikenden dann von selbst. So wurde wiederholt die Forderung an die IG BCE gestellt, die betriebliche Streikleitung selbst zu organisieren und die Entscheidungen nicht aus einem fernen Gewerkschaftsbüro zu fällen, um einen richtigen, unvorhersehbaren Flexi-Streik möglich zu machen. Auch eine Verknüpfung zu anderen sozialen Kämpfen wurde punktuell hergestellt. So beteiligten sich Unterstützer_innen und Streikende zum Beispiel gemeinsam an einer Recht-auf-Stadt-Demo und am Aktionstag zum europäischen Generalstreik. Die Zusammenführung von ökonomischen und politischen Kämpfen war von Anfang an ein Anliegen im Soli-Kreis.

Der Streik bei Neupack ist inzwischen wohl einer der längsten Arbeitskämpfe in der Geschichte der BRD. Bemerkenswert sind auch andere Aspekte: Zum Beispiel die Kampfbereitschaft der Streikenden. Trotz diverser Schikanen lassen die Streikenden sich weder von Neupack noch von der Gewerkschaft klein halten. Umso ernüchternder ist die Feststellung, dass ein wirklicher Sieg kaum noch machbar scheint. Vielmehr steht zu befürchten, dass die Weigerung, Tarifverhandlungen zu führen, auch in anderen Unternehmen Schule macht. Im Neupack-Streik wurde von den Gerichten meist zu Gunsten des Kapitals entschieden, das Streikrecht wurde stark eingeschränkt. Wenn die Gewerkschaft diesen Rückschlägen keine stärkere Kampfbereitschaft entgegensetzt, war die jahrelange Vorarbeit und Politisierung der Belegschaft bei Neupack umsonst. Auch in anderen Unternehmen dieser Größe wird es schwieriger werden, einen Streik anzustoßen, wenn die Kolleg_innen damit rechnen müssen, entlassen und legal durch eine neue Belegschaft ersetzt zu werden.

Auch wenn bei Neupack momentan ein erfolgreicher Tarifabschluss eher unrealistisch scheint, ist ein Prozess der Selbstermächtigung – bei allen Schwierigkeiten - in Gang gekommen. Was davon bleibt, wird sich zeigen. Die Kolleg_innen haben viele Erfahrungen gesammelt, was es heißt, für die eigenen Interessen aufzustehen. Das trifft auch auf den Soli-Kreis und die aktiven Unterstützer_innen zu. Es kann als Erfolg angesehen werden, wenn es gelingt, nach Ende des Streiks bei Neupack weiter zusammen zu arbeiten und auch einige der Streikenden einzubinden. Es ist wichtig, sich als revolutionäre Linke mit dem Thema Arbeitskämpfe in der Praxis auseinander zu setzen und sie nicht leichtfertig als reformistische Verteilungskämpfe abzutun. Die gemeinsamen Erfahrungen aller Beteiligten, das gegenseitige Lernen und die politischen Erkenntnisse sind unersetzlich. Aus realitätsfernen Theoriediskussionen hat sich noch nie eine revolutionäre Strategie entwickelt – die wirkliche Bewegung passiert in realen Kämpfen. ■

Rechtsruck im Fahrwasser der Krise?

Falscher „Antikapitalismus" und reaktionäre Bewegungen

Treibt es die Massen nach links, wenn es knirscht und kracht im Gebälk des Kapitalismus? Oder wenn Staaten immer autoritärer werden und die Unterdrückung offensichtlich zu werden scheint? Braucht es Verelendung, damit eine revolutionäre Situation entsteht? Was ein Ausgangspunkt neuer sozialer Bewegungen sein kann - die die Risse im Kapitalismus nicht mehr kitten wollen, sondern sich auf die Suche nach Alternativen zum herrschenden System begeben - kann auch zu einem gesellschaftlichen Rechtsruck führen. Neben linken Strömungen bekommen aktuell auch reaktionäre Bewegungen Auftrieb. Zum Beispiel in Griechenland und Ungarn, wo rechte und faschistische Parteien ins Parlament eingezogen sind. Aber auch in Deutschland finden sich in der Mitte der Gesellschaft rassistische, nationalistische und sozialchauvinistische Positionen, die gerade in Krisenzeiten wieder salonfähig gemacht werden.

Durch die von der EU verordneten Spardiktate wächst der Druck auf die Lohnabhängigen und die soziale Verelendung nimmt zu. Vor der Kulisse der zunehmenden Staatsverschuldung, dem drastischen Abbau von Sozialsystemen und der Herabsetzung des Lebensstandards, kam es zu einer rasanten Zunahme rassistischer Einstellungen. In Griechenland – dem Epizentrum der aktuellen Krise - ist die faschistische Partei „Chrysi Avgi" (Goldene Morgenröte) zur drittpopulärsten politischen Kraft aufgestiegen. „Chrysi Avgi" ist es bei der Wahl 2012 gelungen, ihren einstigen Status als Splitterpartei hinter sich zu lassen und mit 7% ins griechische Parlament einzuziehen. Nach aktuellen Umfragen hat sich ihr Wählerpotential inzwischen sogar verdoppelt. Doch die Partei ist nicht nur im Parlament aktiv, in dem sie durch Hetzte gegen Migrant_innen oder Forderungen wie „Arbeit nur für Griechen" auf sich aufmerksam macht. Ihr Hauptbetätigungsfeld ist der Kampf um die Straße, wie sie selber sagen. Dort schließen sich Parteimitglieder und Sympathisanten zu Schlägertrupps zusammen, um für „Ordnung" im Sinne ihres reaktionären Weltbildes zu sorgen. Die Zahl rassistischer Übergriffe steigt immer weiter an.

Ihre Legitimation ziehen die Faschisten aus einer politischen Stimmung, die auch in den bürgerlichen Lagern weit verbreitet ist. Sie führen Wahlkampf mit rassistischen Themen, die sich um Migrant_innen drehen, die den verbliebenen „Wohlstand" gefährden würden. Immer wieder wird auch ein angebliches Versagen der Polizei heraufbeschworen, die nicht ausreichend durchgreifen könne. So gehen staatliche Hetze gegen Flüchtlinge und Migrant_innen Hand in Hand mit einem rassistischen Mob auf der Straße. Gerade zwischen der Polizei und der Partei „Chrysi Avgi" gibt es nachweislich enge Kontakte und personelle Überschneidungen. Neben der Gewalt gegen Migrant_innen setzt die Partei punktuell auf die Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben, wie die Ausgabe von Lebensmitteln und Kleidern. Auch wird derzeit versucht, eine Blutbank nur für „griechisches Blut" zu organisieren, womit sie sich und ihre rassistischen Ideen als „soziale Opposition" verkauft.

Während „Chrysi Avgi" durch faschistische Propaganda und Aktion an Stärke gewinnt, startet der griechische Staat Kampagnen wie die Operation »Xenios Zeus«. Das Ziel der Operation, die makabererweise nach dem Gott der Gastfreundschaft benannt wurde, ist das massenhafte Aufspüren von Menschen, die (mutmaßlich) ohne Papiere sind, durch Großrazzien. Die meisten Illegalisierten sind ohnehin in eigens dafür eingerichteten Abschiebelagern interniert. Mit solchen staatlichen Kampagnen möchte die Regierung offenkundig Handlungsfähigkeit beweisen und von der Krise ablenken, indem sie die „Invasion der Migranten" als noch größeres Übel darzustellen versucht. Das gesellschaftliche Problem des Rassismus ist laut der griechischen Regierung nur ein Randphänomen.

Auch in Ungarn haben Teile der Gesellschaft einen massiven Schwenk nach rechts unternommen. Vor dem Hintergrund der Krise – die ungarische Wirtschaft erhielt zur Stabilisierung ein 25 Mrd. Dollar Hilfspaket von IWF, Europäischer Zentralbank und der Weltbank - gewann 2010 der Nationalkonservative Bund Junger Demokraten (FIDESZ) die Wahl. FIDESZ, mit Viktor Orban an der Spitze, erhielt über 50% aller Stimmen. Sie zeichnet sich vor allem durch einen stark ausgeprägten Nationalismus aus, welcher 2011 zusammen mit dem Christentum und Familienerhalt im neuen Grundgesetz zur Bürgerpflicht erklärt wurde. Drittstärkste Partei wurde mit 17% die faschistische Jobbik-Partei (dt. die Besseren), die insbesondere durch Hetze gegen Roma sowie Jüdinnen und Juden auf sich aufmerksam machte. Dabei kann die Partei auf die Ungarische Garde - eine faschistische Miliz - zurückgreifen. Diese wurde zwar 2009 offiziell verboten, tritt aber immer noch in Erscheinung.

Auch wenn Ungarn und Griechenland zu den drastischsten Beispielen zählen, gibt es in vielen Ländern der EU ein Wiedererstarken der Rechten, was nicht unterschätzt werden darf. Auch wenn wir davon ausgehen, dass das Kapital aktuell nicht auf den Faschismus als Mittel zur Herrschaftssicherung setzt, wird ausgegrenzten Gruppen die Verantwortung für gesellschaftliche Verschlechterungen zugeschoben. Das funktioniert offensichtlich in der Krise besonders gut, wenn Menschen glauben, dass ihre bisherigen Identitäten an Relevanz verlieren und ihre eigenen Positionen ins Wanken geraten. Die reaktionären Bewegungen versuchen dabei die Sorgen und Ängste vieler Menschen aufzunehmen. Mit einer Mischung aus Stammtischrhetorik, nationalistischen Standortparolen und offenem Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus knüpfen sie an Alltagsbilder der Mitte der Gesellschaft an. In Ver-



Fight Racism Now! ist eine Kampagne zum 20sten Jahrestag der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und zu 20 Jahre Mordanschlag von Solingen. Rassismus ist kein Randphänomen, sondern Alltag in einer Gesellschaft, die auf Konkurrenz und weltweiter Ausbeutung beruht. Die Kampagne solidairisert sich mit den laufenden Protesten von Flüchtlingen. Für den 25. Mai 2013 wird zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin aufgerufen. Danach soll der Bundestagswahlkampf kritisch begleitet werden.

Aus Hamburg ist eine gemeinsame Anreise zur Demonstration geplant. Infos unter: **www.hamburg-gegen-rassismus.tk**

bindung mit sozialökonomischen Abstiegsängsten konnten reaktionäre Bewegungen seit jeher an Einfluss gewinnen. Dass der Schritt nach rechts - ob nationalistisch, rechtspopulistisch oder faschistisch - nicht den Weg aus der Krise bedeutet, versteht sich von selbst. Reaktionäre Bewegungen stehen für die brutalste Zuspitzung der kapitalistischen Verwertungslogik und des Konkurrenzgedankens. Sie wollen die kapitalistische Klassengesellschaft - die immer wieder Krisen hervorbringt - nicht abschaffen, sondern durch eine „Volksgemeinschaft“ kaschieren. Sie biologisieren die gesellschaftlichen Verhältnisse und suchen mit antisemitischen und rassistischen Verschwörungstheorien nach vermeintlich Schuldigen für die kapitalistische Misere.

Die Linke sollte die Krise nicht nur als Chance sehen, sondern muss auch die reaktionären „Krisenlösungen“ erkennen, als Gefahr benennen und entlarven. In den sozialen Kämpfen und Bewegungen gibt es immer wieder Entwicklungen, die auch mit reaktionären Inhalten aufgeladen werden können. Denn auch bei eher linken Protesten tauchen gelegentlich Positionen auf – sei es das Gerede von „gierigen Bankern“, „ausländischen Heuschrecken“ oder ein allgemeiner „Standortnationalismus“ -, die anschlussfähig für einen „rechten Antikapitalismus“ sind. Dem gegenüber gilt es eine grundlegende Kapitalismuskritik stark zu machen und die falschen Vorstellungen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge zurückzuweisen.

Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird niemals nur fortschrittliche Kräfte hervorbringen. Internationalismus und Antifaschismus sind daher wesentliche Bestandteile jeder fortschrittlichen Bewegung, die weiterhin auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Dazu zählt auch die Unterstützung der Kämpfe von Flüchtlingen und Migrant_innen gegen das Lagersystem, rassistische Sondergesetze und Abschiebungen - aus Solidarität und um einer Entwicklung der Gesellschaft nach rechts entgegenzuwirken. ■

Internationalisierung eines Krieges

Der Aufstand in Syrien – zwischen Fortschritt, Islamisten und NATO

Seit sich im März 2011 die syrische Bevölkerung – im Kontext des „arabischen Frühlings“ – gegen die seit Jahrzehnten repressiv herrschende Elite erhob, hat sich der Aufstand zu einem brutalen und lang andauernden Bürgerkrieg entwickelt. Mittlerweile hat sich der Konflikt internationalisiert – verschiedene Staaten versuchen durch die Unterstützung der Opposition ihre eigenen Machtinteressen durchzusetzen.

Im Mittelpunkt des westlichen Medieninteresses steht die „Freie Syrische Armee“ (FSA) und der daran angebundene „Syrische Nationalrat“. Beide Gruppen setzen sich aus verschiedenen Teilen der syrischen Opposition zusammen und repräsentieren die unterschiedlichsten politischen Spektren. So versammeln sich in der FSA sowohl bürgerliche Demokraten als auch Islamisten, deren Ziel die Errichtung eines Gottesstaates ist. Unbestritten pflegen Teile der FSA auch Kontakte zu „Al-Nusra-Front“, die wiederum Al-Quaida nahe steht und Syrien in einem islamischen Kalifat aufgehen lassen will. Nachweislich unterstützt wurden Teile der FSA in der Vergangenheit sowohl von Saudi-Arabien als auch der Türkei. Beide Länder versuchen, ihre regionalen Interessen durch die Unterstützung ihnen wohl gesonnener Teile der FSA auszubauen. So trainiert der türkische Geheimdienst nach Medienberichten Teile der FSA und in der Vergangenheit wurde die syrische Armee immer wieder von türkischem Staatsgebiet aus angegriffen. Saudi-Arabien lieferte den Rebellen Waffen, die unter anderem beim NATO-Mitglied Kroatien eingekauft wurden.

Ganz offensichtlich profitiert auch die deutsche Rüstungsindustrie zumindest mittelbar vom Bürgerkrieg in Syrien: Hier produzierte Waffen werden an direkt am Konflikt beteiligte Länder, wie Saudi-Arabien und die Türkei verkauft. So wurden alleine im Jahr 2012 deutsche Rüstungsgüter im Wert von 1,24 Milliarden Euro an Saudi-Arabien geliefert. Durch die weitere Verschärfung des Konflikts steigt der Bedarf an Rüstungsgütern dieser Staaten, um sich gegen vermeintliche Bedrohungen zu wehren oder um die Waffen direkt an Rebellengruppen weiterzuleiten. Bei Deutschlands Rüstungsindustrie explodieren also die Gewinne, während der syrische Bürgerkrieg immer blutiger wird. Darüber hinaus verfolgen sowohl die EU als auch die USA ganz eigene Ziele in Syrien. Gemeinsam mit pro-westlichen Teilen der syrischen Opposition haben das dem Pentagon nahestehende „US-Institute for Peace“ und die die deutsche Regierung beratende „Stiftung Wissenschaft und Politik“ einen Plan mit dem wohlklingenden Namen „The Day After“ entwickelt. In Washington und Berlin scheint man zu wissen, was für die Menschen in Syrien am Besten ist. Es sollte nicht verwundern, dass die Segnungen der syrischen Gesellschaft vor allem in einer Liberalisierung der Märkte gesehen werden. In „The Day After“ und anderen Strategiepapieren wird ganz offen von einer Öffnung der Märkte und notwendigen Privatisierungen gesprochen. Während der Bürgerkrieg in Syrien andauert, ist man sich im Westen also schon über die Eckpunkte des neu ent-

---

Krieg beginnt hier – Let´s stop it here



In der Altmark – mitten in der schönen Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt – liegt der größte und modernste Truppenübungsplatz Europas. Auf einer Fläche von 232 Quadratkilometern proben hier die Bundeswehr und die Nato die Kriege, die sie gegenwärtig in der Welt führen und in Zukunft führen wollen. Auf dem Gelände des Gefechtsübungszentrums (GÜZ) soll eine Kulissenstadt mit dem Namen Schnöggersburg entstehen. Im November 2012 hat die Bundeswehr mit dem Bau der Kriegsübungsstadt begonnen. Ab 2017 sollen SoldatInnen dort die Aufstandsbekämpfung in urbanen Zentren trainieren. Es wird eine künstliche Stadt aus insgesamt 520 Gebäuden errichtet, inklusive U-Bahn-Stationen, Elendsviertel, Häuserschluchten, einem Fluss und Brücken. Antimilitaristische AktivistInnen haben bereits verschiedenste Protestaktionen gegen das GÜZ organisiert, unter anderem wurde das Gelände geentert und mit antimilitaristischen Parolen farblich markiert. 2013 wird es wieder ein WarStartsHere-Camp geben. Vom 21. bis 29. Juli werden wir gemeinsam in der Nähe des GÜZ antimilitaristisch campen, diskutieren und Aktionen starten. Weitere Informationen: **www.warstartsherecamp.org**

stehenden Staates einig. Ob die Menschen in Syrien dafür kämpfen, werden sie gar nicht erst gefragt.

Der Umfang der Hilfsmaßnahmen für die Teile der syrischen Opposition, die dem Westen gegenüber aufgeschlossen sind, bleibt unklar. Frankreich und Großbritannien fordern ganz offen die Belieferung syrischer Rebellen mit Waffen. Die USA haben angekündigt, rund eine Milliarde Dollar für die Opposition zu sammeln, die man nach Angaben von US-Medien vor allem in Schutzwesten, Nachtsichtgeräte und gepanzerte Fahrzeuge investieren will. Auch wenn sich die BRD momentan noch gegen direkte Waffenlieferungen ausspricht, stellt sie der Opposition Geld zur Verfügung – bisher rund 125 Millionen Euro. Seit dem 4. Dezember 2012 hat die Bundeswehr zudem auf Beschluss des NATO-Rats Bundeswehrsoldaten und Raketenabwehrsysteme an der türkisch-syrischen Grenze stationiert. Der Vorwand: Eine angebliche Gefährdung des NATO-Partners Türkei. Dies fördert nachhaltig die Militarisierung und Internationalisierung des Konflikts, der droht sich in eine offene Intervention auszuweiten. Von einem regionalen Bürgerkrieg kann also schon lange nicht mehr gesprochen werden.

Gegen diese Intervention durch und im Interesse vor allem des Westens wehrt sich dagegen ein Teil der syrischen Opposition, der in den bürgerlichen Medien zumeist untergeht. Mehr als ein Dutzend linker und kurdischer Parteien hat sich im „Nationalen Koordinierungskomitee für demokratischen Wandel“ (NCC) zusammengeschlossen. Eine führende Rolle nehmen hierbei die Parteien der kurdischen Mehrheit ein, was vor allem für den Nato-Partner Türkei ein Problem darstellt. Es sollte klar sein, dass auch die Vorstellungen von EU und USA beim NCC nicht unbedingt auf Zustimmung stoßen. Der NCC stellt sich gegen eine militärische Intervention und gegen die ethnisch und religiös motivierten Spaltungen der syrischen Bevölkerung. Das Ziel ist eine politische Lösung des Konflikts, um so die ursprünglichen Forderungen des Aufstands durchzusetzen: Schluss mit der Diktatur, Sturz von Assad, für politische Freiheit, für soziale Sicherheit und Selbstbestimmung.

Für einen Aufstand gegen die herrschende Elite in Syrien haben wir Sympathien – auch, wenn an seinem Ende natürlich erstmal keine sozialistische Gesellschaft steht. Doch die Welt ist eben nicht schwarzweiß und nicht alle Gegner_innen Assads



sind progressiv. Die von den islamistischen Kräften propagierte Gesellschaft ist zutiefst reaktionär und unvereinbar mit linken Inhalten. Eine Unterstützung dieser Kräfte dient letztlich keinem fortschrittlichen Ziel. Dasselbe gilt für den Teil der Opposition, der sein eigenes Schicksal mit den Vorstellungen der westlichen Staaten verbindet. Es ist absurd und vermessen, aus Berlin oder Washington einen „Masterplan“ für die Zukunft der Menschen in Syrien zu entwerfen. Und wir sind uns sicher, dass viele Oppositionelle ganz eigene Vorstellungen von einer anderen Gesellschaft haben. Für unterstützenswert halten wir all jene Kräfte, die – bewaffnet oder nicht – sich sowohl gegen das Assad-Regime, gegen reaktionäre islamistische Kräfte als auch gegen eine militärische Intervention stellen und weder aus Riad, Washington, Berlin oder Ankara Anweisungen erhalten.

Für uns als radikale Linke in der BRD muss es darum gehen, den deutschen Militarismus, der in Syrien für seine eigenen Interessen kämpft, anzugreifen. Eine deutsche Beteiligung an Auslandseinsätzen lehnen wir ab. Auch wenn die deutsche Politik anders argumentiert – es geht ihr ganz sicher nicht um Menschenrechte und „Demokratie“. Unsere Aufgabe besteht darin, die Interessen des deutschen Kapitals und die geopolitischen Ziele des Staates aufzuzeigen und die Beteiligung der Bundeswehr so gut wie möglich zu behindern. Ansatzpunkte für Protest und Widerstand finden sich viele: Von öffentlichen Auftritten der Bundeswehr an Schule, Uni und Jobcenter, über die zunehmende zivil-militärische Verstrickung zwischen Militär und Institutionen sowie die zahlreichen Orte, wo Kriege geplant und vorbereitet werden. Das gilt natürlich auch für die deutsche Rüstungsindustrie, die am Leid und Tod derjenigen verdient, die weltweit mit deutschen Waffen massakriert werden. Die Stärkung und der Aufbau lokaler antimilitaristischer Zusammenhänge ist eine zentrale Aufgabe der Linken, um überall dort Sand im Getriebe zu sein, wo das Interesse des Kapitals durchgesetzt wird – ob mit direkter deutscher Kriegsbeteiligung oder ohne. Der Krieg beginnt hier - beginnen wir, ihn hier zu beenden! ■



Für unterstützenswert halten wir all jene Kräfte, die – bewaffnet oder nicht – sich sowohl gegen das Assad-Regime, gegen reaktionäre islamistische Kräfte als auch gegen eine militärische Intervention stellen...

„Zwangsräumungen sind der gewalttätigste Akt der Verdrängung“

Interview mit Mascha vom „Bündnis Zwangsräumungen verhindern“

Wie seid ihr dazu gekommen, euch mit Zwangsräumungen zu beschäftigen?

Mascha: In den Stadtteil- und Freiraumkämpfen in Berlin hatten wir schon länger versucht, die Sachen die mit Hartz IV und Kosten der Unterkunft zusammenhingen zu politisieren. Wir fanden, dass die Zwangsräumungen der gewalttätigste Akt der Verdrängung sind. So hatte das Ganze schon zwei, drei Jahr seinen Vorlauf. Es war klar, gemeinsam etwas zu tun, wenn jemand wen kennen, der zwangsgeräumt wird. Zunächst hatten wir aber keinen Kontakt zu Betroffenen.

Wie habt ihr die ersten Kontakte zu Betroffenen bekommen?

Mascha: Das war irgendwie Zufall. Nuriye Cengiz hatte in ihrer Erdgeschosswohnung ein Plakat angebracht, wo sinngemäß draufstand: „Ihr müsst mich hier raustragen, wenn nötig mit der Polizei. Ich geh hier nicht raus!“. Aufgrund ihres Statements sind wir zu ihr gekommen. Wir haben gesagt, wir sind keine Sozialarbeiter, sondern politische Aktivist_innen und wir werden die Räumung vermutlich nicht verhindern können. Aber wir können ein Bündnis organisieren, um dich darin zu unterstützen, dass du hier nicht raus willst. Das war der Beginn.

Wie hat sich der Protest gegen Zwangsräumungen von den Anfängen bis heute entwickelt?

Mascha: Anfangs wollten wir nur mit einer Blockade zeigen, dass wir dagegen sind. Das erste große Ding war die Verhinderung der Zwangsräumung von Ali Gülbol. Das war klandestin geplant, was sogar mal geklappt hat. Der zweite Termin wurde dann verschoben und der Dritte konnte zwar nicht verhindert werden, aber es wurde durch eine große Blockade versucht. Wie das so ist als politische Aktivist_innen mit Herz, ist man natürlich auch emotional betroffen und kann nicht einfach sagen: Blockade und das war´s. Insofern haben wir viele Ideen gehabt, was wir machen können. Immer als politische Aktion. Zum Beispiel konfrontieren wir die Eigentümer mit den Auswirkungen ihres Handelns. Wir besuchen sie, schreiben Briefe oder machen ein Sit-In - auch mal bei der BVV (Bezirksverordnetenversammlung). Mittlerweile läuft es eigentlich von alleine.

Wie wurde das Thema nach den Protesten von der Öffentlichkeit aufgenommen?

Mascha: Wir haben eine sehr aktive Pressearbeit gemacht. Und das hat sich ausgezahlt. Aus den ganzen Erfahrungen mit anderen Stadtteilkämpfen haben wir relativ früh einen Schwerpunkt darauf gelegt. Wir haben Anfangs zu Presskonferenzen eingeladen und hatten einige Verbündete, wie Türkiyemspor Berlin – das ist bei uns ein bekannter migrantischer Sportverein. Die haben wir für die Pressearbeit mit ins Boot geholt und andere auch. Wir haben es dadurch gut geschafft unsere Inhalte in die Presse zu bringen.

Würdest du sagen, dass es auch gelungen ist antikapitalistische Inhalte zu transportieren?

Mascha: Was sind antikapitalistische Inhalte? Das ist die Frage. „Kapitalismus abschaffen“ ist glaube ich zu einfach, um damit Zwangsräumung zu erklären. Das Kapital ist ein soziales Verhältnis, was sich auch im sozialen Verhältnis zwischen Mieter_in und Vermieter_in zeigt. Zum Beispiel an der Vermieterfreundlichkeit der Gerichte oder im Verwaltungshandeln der Behörden, und das deklinieren wir runter. Wir erzähle eine konkrete Geschichte aus antikapitalistischer Sicht und dekonstruieren damit auch die Ideologie der Gesellschaft. Nicht der Einzelne ist schuld, sondern die Gesellschaft macht, dass du deine Miete nicht bezahlen kannst. Insofern finde ich unsere Form, vom Flyer bis zur Pressmitteilung, immer antikapitalistisch - die kommt nur manchmal etwas einfacher daher. Dadurch sind wir natürlich sehr bündnisfähig mit den Mieter_in. Wir bringen das alles auf eine Alltagsebene und sind in der Sprache auch kompatibel mit einem Alltagsbewusstsein. Aber dahinter ist immer eine starke antikapitalistische Haltung – ganz klar.

Denkst du, dass sich Proteste wie in Berlin auch in andere Städte – wie Hamburg - übertragen lassen?

Mascha: Übertragen in dem Sinne nicht, weil jede Stadt hat ihr eigenen Bedingungen. Was ich aus Hamburg mitbekommen habe, hat die Stadt eigene Institutionen um Zwangsräumungen abzufedern. Aber zum Beispiel um die ESSO-Häuser oder das Bernhard-Nocht-Quartier bei euch gibt es ja eine Anpolitisierung im Kiez, den es dort in Teilen noch gibt. Ich denke ich, dass ihr sowohl von der Anzahl der Zwangsgeräumten (1590 im letzten Jahr) wie auch von der Bündnisfähigkeit der Stadtteilinitiativen, sehr gute Chancen hättet, dazu was zu machen. Mit dem FC St. Pauli hättet ihr möglicherweise auch einen Partnern in der Gesellschaft, der bei Zwangsräumungen vielleicht sagen würde, da sind wir dagegen. Die Frage ist nur, wie kommt man zu den Betroffenen? Da muss man erst ein bisschen recherchieren, wie das alles funktioniert. Aber aus meiner Sicht bieten sich auch in Hamburg genug Möglichkeiten, um den ersten Schritt zu einem wirklich großen Protest zu machen und zu zeigen: Nicht mit uns! ■

IMPRESSUM ///////////

Herausgeber:
Projekt Revolutionäre Perspektive (PRP)
c/o Infoladen Wilhelmsburg
Fährstraße 10, 21107 Hamburg

Kontakt:
www.prp-hamburg.tk
prp@riseup.net

V.i.S.d.P.:
Karl Kock, Mühlenfeld 107
21077 Hamburg

Eigentumsvorbehalt:
Die Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an die/den Gefangene/n Eigentum des Absenders. „Zur Habe-Name“ ist keine Aushändigung in Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an den Absender zurückzusenden.